17. November 2026

BVR Research

Volkswirtschaft Kompakt

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Gründungszahlen tendieren wieder aufwärts – Rahmenbedingungen müssen aber weiter verbessert werden

Executive Summary

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem beginnenden Konjunkturaufschwung. Für dauerhaft mehr Wachstum müssen jedoch private Investitionen und Produktivität nachhaltig steigen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist das Gründungsgeschehen. Dabei kommt es nicht allein auf die Zahl der Gründungen an. Besonders bedeutsam sind innovative und wachstumsorientierte Unternehmen, die Investitionen anstoßen, neue Technologien hervorbringen und deren Verbreitung beschleunigen.

Nach langjährigem Rückgang belebt sich das Gründungsgeschehen wieder. Im Jahr 2023 dürfte die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen mit 227.000 einen lokalen Tiefpunkt erreicht haben. Schätzungen des BVR zufolge steigt sie 2026 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % auf rund 286.000 und damit auf den höchsten Stand seit 2015. Der Anstieg ist ein positives Signal. Für das langfristige Wachstum kommt es aber vor allem auf die Innovationskraft der neuen Unternehmen an. Ermutigend ist daher die Entwicklung im KI-Bereich: Hier dürften die Gründungen 2026 um 35,2 % zulegen und gut ein Drittel des gesamten Anstiegs erklären. KI eröffnet neue Geschäftsmodelle und kann zugleich Gründungshürden senken.

Die Wirtschaftspolitik ist gefordert, die Rahmenbedingungen für Gründungen weiter zu verbessern. Europa droht insbesondere bei KI gegenüber den USA und China weiter zurückzufallen. Ein im September vorgelegtes Strategiepapier zeigt Wege auf, Europas Position im KI-Wettbewerb zu stärken. Auch die neue Startup-Strategie der Bundesregierung mit ihrem Fokus auf Bürokratieabbau und einfachere Gründungen weist in die richtige Richtung. Gleiches gilt für das geplante europäische 28. Regime („EU Inc.“), das Gründungen und grenzüberschreitendes Wachstum erleichtern kann. Es sollte jedoch echte Vereinfachungen schaffen und bewährte nationale Strukturen wahren.



Inhalt

Gründungszahlen tendieren wieder aufwärts – Rahmenbedingungen müssen aber weiter verbessert werden 2
Dr. Gerit Vogt

BVR Inflationsindikator 5
Dr. Thomas Haas

BVR Konjunkturbarometer 6
Dr. Gerit Vogt

Gründungszahlen tendieren wieder aufwärts – Rahmenbedingungen müssen aber weiter verbessert werden

Hohe gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Gründungen

Die derzeitige Konjunkturbelebung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Voraussetzungen für dauerhaft höheres Wachstum weiter verbessert werden müssen. Die jüngste Erholung wurde bislang wesentlich von steigenden Exporten und staatlichen Impulsen getragen, während der Privatkonsum und die privaten Investitionen verhalten blieben. Diese Charakterisierung wird beispielsweise durch die aktuelle Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland gestützt, die für das erste Halbjahr 2026 steigende Exporte und hohe staatliche Impulse als wesentliche Wachstumstreiber nennt.

Für ein dauerhaft höheres Wachstumspotenzial sind jedoch mehr private Investitionen und stärkere Produktivitätszuwächse erforderlich. Gründungen können zu beidem beitragen: Sie erweitern den Kapitalstock, bringen neue Produkte und Produktionsverfahren hervor und erhöhen über Innovation, Wettbewerb und Wissensverbreitung die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Dabei kommt es allerdings nicht allein auf die Zahl der Gründungen an. Entscheidend für das Wachstumspotenzial sind vor allem innovative und wachstumsorientierte Unternehmen mit hoher Investitions- und Produktivitätsdynamik.

Trendwende durchschritten

Das Gründungsgeschehen war hierzulande über viele Jahre hinweg vom Trend her rückläufig. Im Jahr 2023 dürfte aber eine Wende eingetreten sein (siehe Abb. 1).

Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM-Bonn) erreichte die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen (ohne Freie Berufe und ohne Landwirtschaft) mit bundesweit 227.000 einen lokalen Tiefpunkt. Seitdem steigen die Zahlen wieder an, obgleich statistische Erfassungsprobleme die Analyse erschweren.

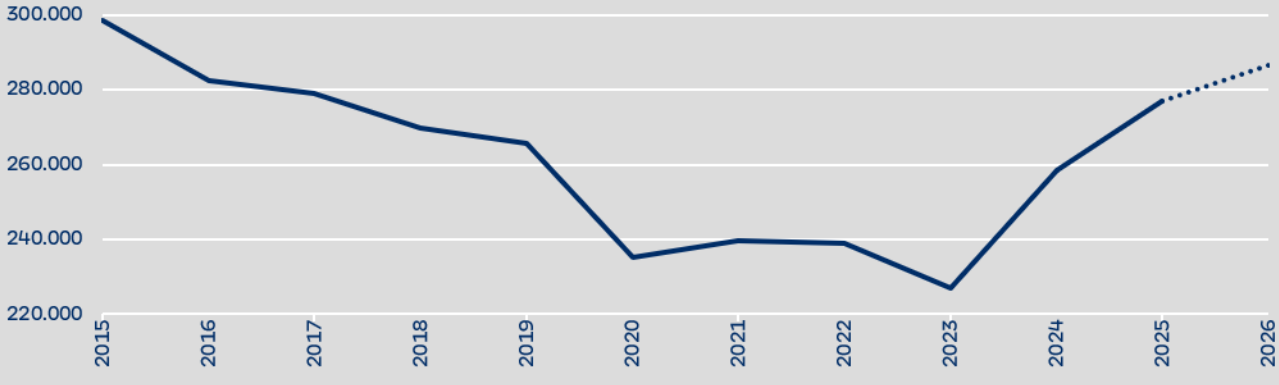
So gab es im Jahr 2023 generell viele fehlerhafte Erfassungen in der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes, die Grundlage für die IfM-Zahlen ist. In den Jahren 2024 und 2025 sorgten dann Übererfassungen von Gründungen zum Jahresende beziehungsweise zum Jahresbeginn in einigen Bundesländern für Verzerrungen. Die statistischen Probleme scheinen inzwischen aber überwunden zu sein. Die jüngst für das für das 1. Halbjahr 2026 veröffentlichte Gründungszahlen dürften ein unverzerrtes Bild ermöglichen.

Im 1. Halbjahr 2026 waren laut IfM-Angaben in Deutschland 143.222 gewerbliche Existenzgründungen zu verzeichnen. Darunter waren 53.561 Betriebsgründungen von Hauptniederlassungen, 72.892 Gründungen von „echten“ Gewerben und 16.769 Übernahmen wegen Erbfolge/Kauf und Pacht. Gründungen im Nebenerwerb, die sich im 1. Halbjahr auf 201.766 Fälle summierten, bleiben in der Gesamtzahl der gewerbliche Existenzgründungen unberücksichtigt.

Gründungszahl dürfte 2026 um 3,4 % steigen

Für die zweite Jahreshälfte zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Gründungszahlen ab. Unter der ad hoc-Annahme, dass die Fallzahl gegenüber dem 1. Halbjahr konstant bliebt ergibt sich für das Gesamtjahr 2026 ein

Abb. 1: Gründungen haben Tiefpunkt durchschritten
Fallzahl der gewerblichen Existenzgründungen (ohne Freie Berufe)



Quelle: IfM-Bonn, 2023, 2024 und 2025 wegen Erfassungsfehlern verzerrte Angaben, 2026: Schätzung des BVR

Anstieg der gewerblichen Existenzgründungen gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % auf rund 286.000. Damit dürften sie den höchsten Stand seit 2015 erreichen.

Wirtschaftsnahe Dienstleister als Treiber

Mehrere Faktoren begünstigen derzeit das Gründungsgeschehen. Der Strukturwandel und die nach Jahren der Konjunkturflaute schwache Arbeitsmarktentwicklung machen die Selbstständigkeit für einen Teil der Erwerbstätigen zu einer attraktiveren Alternative. Zugleich entstehen im Zuge der Transformation neue Geschäftsfelder, insbesondere bei wissensintensiven und wirtschaftsnahen Dienstleistungen. Zusätzliche Impulse gehen von der Digitalisierung und vor allem von Künstlicher Intelligenz (KI) aus. KI ermöglicht nicht nur neue Geschäftsmodelle und senkt Markteintrittskosten, sondern kann auch fehlende Kompetenzen ergänzen, für die bislang häufig größere Gründerteams erforderlich waren. Damit erleichtert sie insbesondere Einzel- und Kleingründungen. So dürften die Gründungen im KI-Bereich im Jahr 2026 um 35,2 % zulegen und damit für gut ein Drittel des erwarteten Gesamtanstiegs verantwortlich sein (siehe Abb. 2).

Unterstützend wirkt zudem, dass jüngere Menschen vergleichsweise häufig den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Langfristig dürfte der demografische Wandel die Gründungsdynamik jedoch zunehmend begrenzen.

Gegenwind von der demografischen Entwicklung

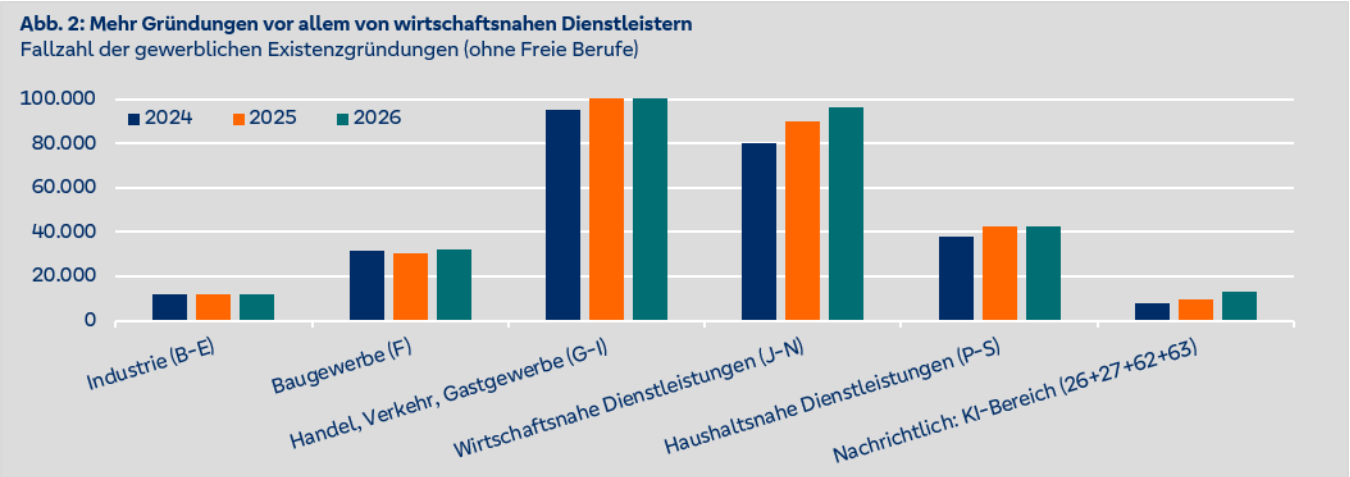
Ein wichtiger Einflussfaktor für die langfristige Entwicklung der Gründungszahlen ist nämlich auch der demografische Wandel. Laut einer Demografieprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln/IW Consult), die im Auftrag des BVR Ende 2025 erstellt wurde, dürfte die absolute Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2035 zwar nahezu auf dem aktuellen Stand von rund 84 Mio. Menschen stagnieren (siehe BVR Research Volkswirtschaft Kompakt vom 22. Dezember 2025). Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) dürfte jedoch von 50,0 Mio. im Jahr 2025 auf 46,8 Mio. im Jahr 2035 sinken, was einem Rückgang um 6,5 % entspräche.

Noch deutlicher dürfte der Rückgang in den Altersgruppen ausfallen, in denen besonders häufig gegründet wird. Das Durchschnittsalter der Gründerinnen und Gründer in Deutschland lag laut KfW-Gründungsmonitor im Jahr 2025 bei 34,2 Jahren. Es ist damit gegenüber dem Vorjahr (34,4 Jahre) weiter gesunken. Allerdings liegt das Durchschnittsalter der Gründerinnen und Gründer im Vollerwerb mit 38 Jahren deutlich über diesem Mittelwert. Gemäß der Demografieprognose wird die Bevölkerungszahl der besonders gründungsstarken Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen von 11,9 Mio. im Jahr 2025 um 7,1 % auf 11,1 Mio. im Jahr 2035 zurückgehen. Der Rückgang in dieser Altersgruppe fällt damit voraussichtlich noch stärker aus als der Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter insgesamt.

Startup-Strategie und 28. Regime könnten Rahmenbedingungen verbessern...

Aktuelle wirtschaftspolitische Initiativen setzen an wichtigen Punkten an, um die Rahmenbedingungen für Gründungen zu verbessern. So hat die Bundesregierung auf ihrem sogenannten Digitalgipfel Anfang November das Ziel formuliert, die Zahl der KI-Start-ups bis 2030 zu verdreifachen. Sie knüpft damit an ihre bereits im Juli 2026 beschlossene Startup-Strategie an. Ziel der rund 150 Maßnahmen umfassenden Strategie ist es, die Rahmenbedingungen für junge Unternehmen entlang der gesamten Wachstumsphase zu verbessern, von der Gründungsphase bis zur internationalen Expansion. Zu den Schwerpunkten zählen der Abbau von Bürokratie, eine stärkere Kommerzialisierung von Forschungser-

Abb. 2: Mehr Gründungen vor allem von wirtschaftsnahen Dienstleistern
Fallzahl der gewerblichen Existenzgründungen (ohne Freie Berufe)



Anmerkung: Zum KI-Bereich werden hier folgende WZ 2008-Codes gezählt: 26 Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, 27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, 62 Dienstleistungen der Informationstechnologie und 63 Informationsdienstleistungen.

Quelle: IfM-Bonn, 2024 und 2025 wegen Erfassungsfehlern verzerrte Angaben, 2026: Schätzung des BVR

gebnissen sowie die Förderung von Zukunftstechnologien.

Aus Sicht des BVR kommt es nun entscheidend auf eine schnelle und konsequente Umsetzung an. Gerade der Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten ist ein wesentlicher Hebel, um Gründungsaktivitäten zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken. Weniger regulatorische Belastungen und praxistaugliche Vorgaben kommen dabei nicht nur Start-ups zugute, sondern auch kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden.

Auch auf europäischer Ebene können bessere Rahmenbedingungen dazu beitragen, jungen Unternehmen grenzüberschreitendes Wachstum zu erleichtern. Einen wichtigen Ansatzpunkt bietet das geplante 28. Regime („EU Inc."), das Unternehmen neben den bestehenden nationalen Rechtsformen eine zusätzliche, EU-weit einheitliche Gesellschaftsform eröffnen soll. Ein sinnvoll ausgestaltetes 28. Regime kann insbesondere Start-ups und innovativen Unternehmen den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erleichtern und damit einen Beitrag zu mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit leisten. Vorgesehen sind unter anderem eine vollständig digitale Gründung innerhalb von 48 Stunden zu Kosten von höchstens 100 Euro sowie vereinfachte Verfahren bei Kapitalmaßnahmen und Anteilsübertragungen.

Entscheidend ist jedoch, dass das 28. Regime tatsächlich zu Vereinfachungen führt und nicht eine zusätzliche Regulierungsebene schafft. Es sollte sich daher auf einen praxistauglichen gesellschaftsrechtlichen Rahmen und den Abbau grenzüberschreitender Hürden konzentrieren. Bewährte nationale Strukturen sollten erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für das Insolvenzrecht. Sonderregelungen für Start-ups können Rechtsunsicherheit schaffen, missbrauchsanfällig sein und damit letztlich auch die Finanzierungsbedingungen junger Unternehmen beeinträchtigen.

... ebenso wie eine europäische AI-Strategie

Auch auf europäischer Ebene gewinnt die Diskussion über die Förderung innovativer Unternehmen an Dynamik. Das im September 2026 von europäischen Ökonomen, Wissenschaftlern und KI-Experten erarbeitete Strategiepapier „A Transformative AI Strategy for Europe" warnt davor, dass Europa bei Künstlicher Intelligenz gegenüber den USA und China dauerhaft an Boden verlieren könnte. Die Experten fordern unter anderem den schnelleren Ausbau digitaler Infrastruktur, bessere Bedingungen für technologieorientierte Investitionen und eine stärkere Mobilisierung privaten Kapitals für Zukunftstechnologien.

Fazit:



Quelle: erstellt mit KI

Die im Strategiepapier geforderte Beschleunigung des Ausbaus digitaler Infrastruktur, insbesondere von Rechenzentren und leistungsfähigen Netzen, setzt an einem wichtigen Punkt an. Allerdings wird der Erfolg weniger von der Verfügbarkeit öffentlicher Fördermittel als vielmehr von schnelleren Verfahren, verlässlichen Investitionsbedingungen und einem investitionsfreundlichen Regulierungsumfeld abhängen. Europa sollte bestehende Wachstumshemmnisse konsequent abbauen und privates Kapital stärker für Zukunftsinvestitionen mobilisieren. Leistungsfähige Kapitalmärkte und ein starkes, dezentrales Bankensystem können dabei komplementäre Rollen übernehmen

Zugleich ist es sinnvoll, kritische technologische Abhängigkeiten zu reduzieren und europäische Stärken in strategisch wichtigen Wertschöpfungsketten zu nutzen. Dies darf jedoch nicht zu einer Abkehr von offenen Märkten führen. Widerstandsfähigkeit entsteht durch Diversifizierung, Wettbewerb und internationale Partnerschaften. Europa sollte seine technologische Handlungsfähigkeit stärken, ohne dabei die Grundprinzipien einer offenen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung aufzugeben.

BVR Inflationsindikator

Inflationsdruck lässt nach, bleibt aber erhöht

Der BVR-Inflationsindikator ist im November gesunken, bleibt aber deutlich im positiven Bereich. Vor allem die Inflationserwartungen, aber auch die Kosten lieferten geringere Beiträge. Insgesamt signalisiert der Indikator einen nachlassenden, aber weiterhin erhöhten mittelfristigen Inflationsdruck im Euroraum.

Hoher Kostendruck und fallende Erwartungen

Die Nachfrageseite zeigt im November ein etwas verhalteneres Bild. Das Wirtschaftsklima ist zuletzt leicht zurückgegangen, ebenso der Sentix. Die zuletzt verfügbaren Einkaufsmanagerindizes lagen trotz einer Abschwächung weiterhin über der Wachstumsschwelle. Unterdurchschnittliche Auftragsbestände und eine niedrige Kapazitätsauslastung deuten zugleich auf anhaltend verhaltene Nachfrageimpulse aus der Industrie hin.

Von der Kostenseite ging weiterhin erheblicher Inflationsdruck aus. Zwar sank der Ölpreis im November gegenüber dem Vormonat, die Gaspreise stiegen jedoch nochmals an. Die Energieverteuerung gegenüber dem Vorjahr blieb damit ausgeprägt. Auch die zuletzt verfügbaren Import- und Erzeugerpreise zeigten weiterhin Aufwärtstendenzen. Die jüngste Abschwächung des Euro erhöht zudem tendenziell den Preisdruck bei Einfuhren.

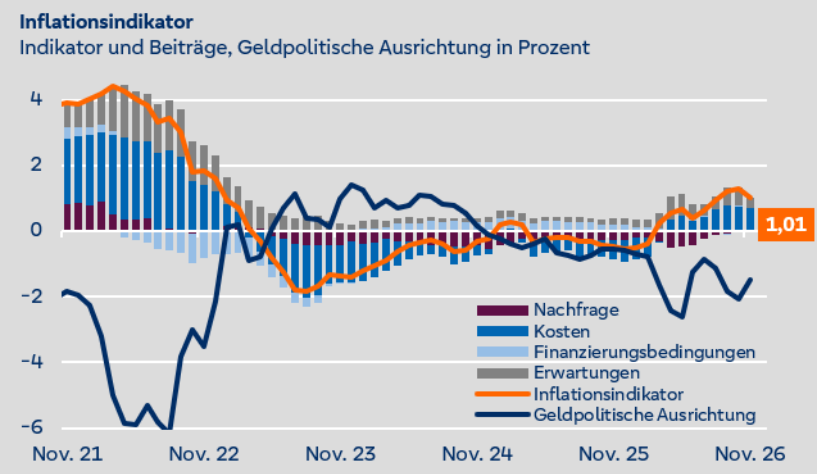
Bei den Inflationserwartungen ließ der marktbasierte Preisdruck im November nach. Insbesondere die kurzfristigen Inflationserwartungen gingen zurück, lagen aber weiterhin über dem Inflationsziel der EZB. Die mittelfristigen und langfristigen Erwartungen blieben dagegen in dessen Nähe. Gleichzeitig lagen die zuletzt verfügbaren Verkaufspreiserwartungen der Unternehmen sowie die Erwartungen der privaten Haushalte weiterhin über ihren historischen Durchschnittswerten.

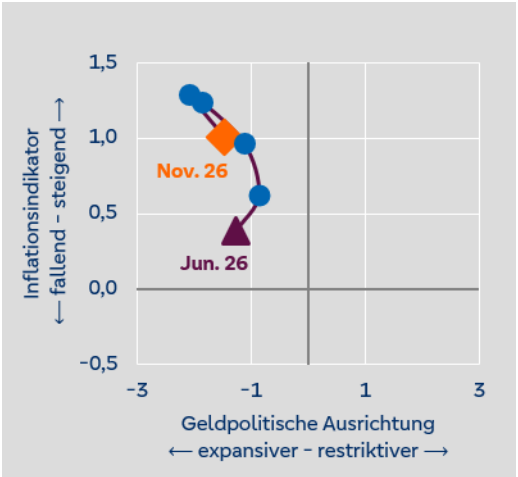
Die Finanzierungsbedingungen zeigten im November gegenläufige Entwicklungen. Während die Geldmarktzinsen auf ihrem erhöhten Niveau nahezu unverändert blieben, gingen die Renditen deutscher Staatsanleihen etwas zurück. Die zuletzt verfügbaren Kreditdaten wiesen weiterhin ein moderates Wachstum aus. Zugleich deuteten die jüngsten Angaben zur Kreditnachfrage auf Zurückhaltung bei Haushalten und Unternehmen hin. Ausgeprägte Stresssignale an den Finanzmärkten waren weiterhin nicht erkennbar.

EZB-Zinserhöhung im Dezember erwartet

Die geldpolitische Ausrichtung bleibt nach der Methodik des Indikators expansiv, allerdings weniger deutlich als im Oktober. Die gesunkenen kurzfristigen Inflationserwartungen ließen den erwarteten kurzfristigen Realzins auf nahezu null steigen. Er liegt damit aber weiterhin deutlich unter dem längerfristigen Realzins, der als Orientierung für ein neutrales Zinsniveau dient.

Angesichts des weiterhin erhöhten mittelfristigen Inflationsdrucks erwarten wir, dass die EZB die Zinsen im Dezember erneut anheben wird. Ein weiterer Zinsschritt würde die reale geldpolitische Ausrichtung für sich genommen weniger expansiv gestalten. Wie stark die Bremswirkung ausfällt, hängt aber auch davon ab, ob sich die kurzfristigen Inflationserwartungen weiter zurückbilden.





Der **BVR Inflationsindikator** misst den mittelfristigen Inflationsdruck im Euroraum. Ein Indikatorwert von Null entspricht einem Umfeld, das mit dem Inflationsziel der EZB von 2 % vereinbar ist. Werte oberhalb (unterhalb) von null signalisieren tendenziell zunehmenden (abnehmenden) Inflationsdruck. Der Indikator setzt sich aus den vier Komponenten Nachfrage, Kosten, Finanzierungsbedingungen und Erwartungen zusammen und bündelt mithilfe einer Principal-Component-Analyse die Informationen zahlreicher Einzelvariablen, etwa Industrieproduktion, Energiepreise, Zinsstruktur und Inflationserwartungen aus Swaps. Die **geldpolitische Ausrichtung** wird über die Differenz zwischen einem kurzfristigen und einem längerfristigen Realzins approximiert, wobei Letzterer als Orientierung für ein neutrales Zinsniveau dient.

Quelle: BVR, LSEG Workspace/Datastream

BVR Konjunkturbarometer

Barometer verharrt auf hohem Niveau

Das BVR Konjunkturbarometer dürfte im November unverändert bei 73 Punkten liegen. Zugleich wurde der Septemberwert von zuvor 64 auf 73 Punkte nach oben revidiert. Ausschlaggebend war die Industrieproduktion, die im September weiter zulegte.

Die vergangene Entwicklung und der hohe Stand des Barometers sprechen dafür, dass sich das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) hierzulande zum Jahresende beschleunigt fortsetzen wird. Für einen kräftigen und breit getragenen Aufschwung fehlen jedoch noch Impulse vom Privatkonsum und von den privaten Investitionen. Im 3. Quartal war das BIP nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt überraschend um 0,2 % gestiegen, trotz der Belastungen durch die hohen Energiepreise und das Rhein-Niedrigwasser.

Industriekonjunktur gewinnt an Kraft

Die stärkste Steigerungswirkung auf das Barometer geht derzeit von den Industrie- und Exportindikatoren sowie von den Preisindikatoren aus. Neben Auftragseingängen und Ausfuhren liegt nun auch die Industrieproduktion wieder über ihren Vorjahresstand. Dies spricht dafür, dass die langjährige industrielle Schwächephase an Intensität verliert. Maßgeblich für das Produktionsplus im September, war die Automobilindustrie. Nach den von den von Produktionsumstellungen und Werksferien geprägten Vormonaten legte die Erzeugung in diesem Bereich gegenüber August um kräftige 17,1 % zu.

Preisindikatoren stützen

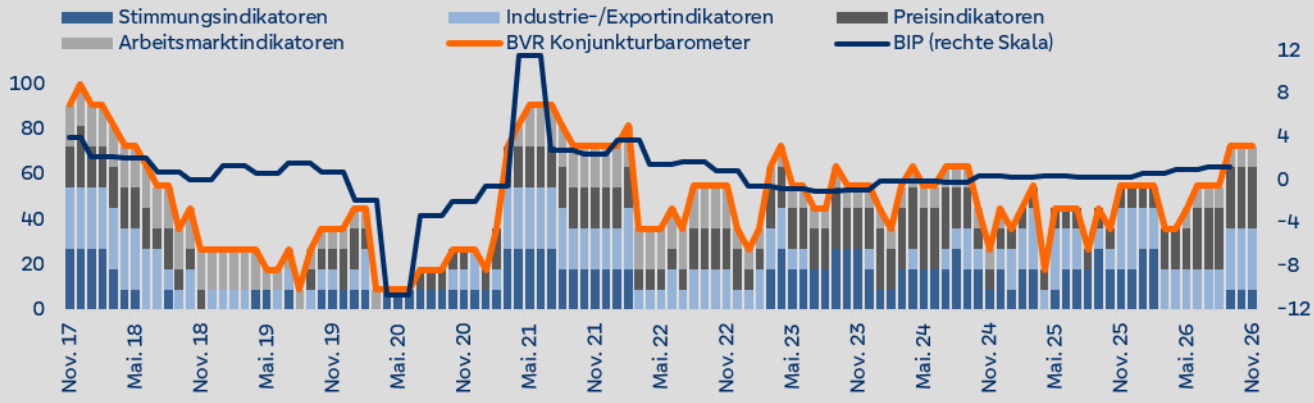
Auch die Preisindikatoren tragen deutlich zum hohen Barometerwert bei. Der DAX liegt trotz zeitweiliger Kursrückgänge klar über seinem Vorjahresstand. Auch Geldmarktzins und Rohölpreis liefern positive Signale. Der hohe Ölpreis ist allerdings zugleich ein konjunktureller Belastungsfaktor und verstärkt den Preisdruck.

Gemischtes Bild bei den Stimmungs- und Arbeitsmarktindikatoren

Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Oktober zum sechsten Mal in Folge auf 90,2 Punkte. Neben den Erwartungen tendieren seit einigen Monaten auch die Lagebeurteilungen aufwärts, wenngleich von niedrigem Niveau. Die ZEW-Konjunkturerwartungen gaben hingegen auf 28,1 Punkte nach. Schwach bleibt vor allem das Verbrauchervertrauen. Belastend wirken die hohen Energiepreise und die damit verbundenen Kaufkraftverluste. Der private Konsum dürfte daher vorerst nur begrenzte Wachstumsimpulse liefern.

Vom Arbeitsmarkt kommen ebenfalls gemischte Impulse. Die Zahl der offenen Stellen liegt mit rund 645.000 weiterhin über ihrem Vorjahreswert und spricht für eine robuste Arbeitskräftenachfrage. Die Erwerbstätigkeit setzt dagegen bislang kein positives Signal.

BVR Konjunkturbarometer
in Prozent, Veränderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP zum Vorjahr



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrau-en), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.
Quelle: BVR, LSEG Workspace/Datastream

bvr.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Dr. Andreas Bley

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de
Internet: www.bvr.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken